Am Puls der Zeit –
Veranstaltungen und Termine des BTW im Jahr 2009

Der Tourismusgipfel des BTW war auch 2009 ein Branchenhighlight

Auch im Jahr 2009 gelang es dem BTW, seine Forderungen und Positionen auch im direkten Kontakt mit wichtigen politischen Entscheidungsträgern zielgerichtet zu platzieren.

Im September traf BTW-Präsident Klaus Laepple gemeinsam mit weiteren Vertretern der Tourismuswirtschaft Bundeskanzlerin Angela Merkel im Bundeskanzleramt.

Im Rahmen eines Abendessens des BTW-Präsidiums mit Guido Westerwelle im Januar 2009 versprach der FDP-Vorsitzende seine Unterstützung für zentrale Themen der Tourismuswirtschaft wie die reduzierte Mehrwertsteuer für Hotellerie und Gastronomie oder den bedarfsgerechten Ausbau der großen Flughäfen in Deutschland. Die europäische Verkehrspolitik stand im Mittelpunkt des BTW-Dinner Talks mit dem europäischen Verkehrskommissar Antonio Tajani in Düsseldorf. Und auch im Rahmen des EU-Beauftragtentreffens des BTW in Brüssel mit Vertretern bzw. Mitarbeitern des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission wurden verkehrspolitische aber auch verbraucherpolitische Themen wie die Pauschalreiserichtlinie und die geplanten Sammelklagen diskutiert.

Und ein besonders Highlight im BTW-Kalender war natürlich auch im Jahr 2009 der mittlerweile 13. Tourismusgipfel.

BTW-Veranstaltungen
13. Tourismusgipfel im Zeichen von Krise und Erfolgen

Zum 13. Mal trafen sich am 16. und 17. November 2009 rund 500 Mitglieder und Partner des Bundesverbands der Deutschen Tourismuswirtschaft, Botschafter, Politiker und Journalisten zum Tourismusgipfel des BTW in Berlin. Wie in den vergangenen Jahren waren auch wieder zahlreiche prominente Referenten aus Wirtschaft und Politik der Einladung ins Hotel Adlon Kempinski gefolgt.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Erkenntnisse und potenziellen Wege aus der Wirtschaftskrise sowie die Frage, wie die Branche wieder in Fahrt kommen kann. Wenn die Branche weiter innovativ denkt, zielgerichtet investiert, ihre Produkte an den Bedürfnissen der Kunden orientiert und die Politik ihre Versprechen aus dem Koalitionsvertrag in die Tat umsetzt, dann seien wichtige Weichen gestellt, damit es für die Branche wirtschaftlich wieder aufwärts geht. So lautete letztlich das Fazit des Tourismusgipfels. Eine verhalten optimistische Aufbruchstimmung ging somit von der Veranstaltung aus und begleitete die Branche auf ihrem Weg ins Jahr 2010.

Jahr der Krise – Jahr der Erfolge

Mit einer positiven Bewertung zahlreicher Passagen des Koalitionsvertrags aber auch mit einem Verweis auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Tourismuswirtschaft eröffnete BTW-Präsident Klaus Laepple am 16. November den 13. Tourismusgipfel. Vor den Teilnehmern des zweitägigen Branchentreffens bestätigte Laepple, dass die Buchungszurückhaltung und die dadurch sinkenden Passagier- und Gästezahlen viele Unternehmen der Branche durch die ersten zehn Monate des Jahres begleitet hätten. Der Begriff „Krise“ sei deshalb auch für die Tourismuswirtschaft fraglos treffend.

Doch sei 2009 nicht nur ein Jahr der Wirtschaftskrise, sondern insbesondere auch ein Jahr der politischen Erfolge für die Tourismuswirtschaft gewesen. Der BTW, seine Mitglieder und zahlreiche ihrer zentralen Anliegen seien gehört worden. Stellvertretend nannte Laepple die Verabschiedung des Flughafenkonzeptes der Bundesregierung und die beschlossene

Wiedereinführung der 12-Tage-Regelung im Busverkehr. Auch der Koalitionsvertrag berücksichtige wichtige Forderungen der Branche. Hervorzuheben sei unter anderem die Tatsache, dass dem Tourismus im Koalitionsvertrag sogar ein eigener Abschnitt gewidmet ist und der Vertrag darauf abzielt, die Kaufkraft der Bürger zu stärken. Das Missverhältnis zwischen der Lust der Bürger aufs Reisen und ihrer Unlust, Geld auszugeben, könnte so aufgelöst werden, erklärte Laepple.

Rückkehr zu Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft

Der neue Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und spätere Tourismusbeauftragte der Bundesregierung Ernst Burgbacher unterstrich genauso wie BDI-Präsident Prof. Dr. Hans-Peter Keitel, dass man wieder zu den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zurückkehren und entsprechend den Einfluss des Staates zurückschrauben müsse. Wettbewerb müsse wieder stärker zum tragenden Prinzip gemacht werden. Burgbacher unterstrich, dass wirtschaftlicher Erfolg auf Arbeit, Fleiß und aktiven Unternehmen basiere. Es sei wesentlich für die Zukunft unseres Landes, Abwarten durch Handeln zu ersetzen. Zudem müsse es gelten, Freiheit – für Konsumenten wie für Unternehmen – wieder zum obersten Leitmotiv zu machen.

Keitel erläuterte, dass es Aufgabe des Staates sei, die Leitplanken zu definieren,

Hubertus Heil MdB

Prof. Dr. Hans-Peter Keitel

in denen sich die Wirtschaft bewegt – nicht mehr und nicht weniger. Und genau auf diese Aufgabe sollte man sich nun wieder beschränken.

Die Mehrwertsteuersenkung für die Hotellerie unterstütze der BDI ausdrücklich, man appelliere dabei aber an die Branche, diese Mehrwertsteuersenkung auch verantwortungsvoll einzusetzen.

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Hubertus Heil betonte in seinem Grußwort unter anderem die Notwendigkeit zielgruppenspezifischer Angebote, zum Beispiel für Senioren, Aktivsportler oder Kulturbegeisterte. Wichtig seien zudem motivierte und qualifizierte Mitarbeiter.

Unter den Besten wettbewerbsfähig sein

Dr. Christoph Franz, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Lufthansa, präsentierte den Teilnehmern, mit welcher Strategie und mit welchen Maßnahmen sein Unternehmen die Krise meistern wolle. Größe allein zähle in einer solch wirtschaftlich schwierigen Situation nicht. Man müsse vielmehr unter den Besten wettbewerbsfähig sein. Bei früheren Krisen habe man oft „nur“ Kapazitäten anpassen müssen. Das sei dieses Mal nicht genug. Die Lufthansa setze deshalb auch auf Partnerschaften innerhalb der Branche, Konsolidierung, Investitionen und Innovationen sowie Umstrukturierungen. Verkehre, Hubs wie auch die Verwaltung

Ernst Burgbacher MdB

Dr. Christoph Franz

– vieles stehe auf dem Prüfstand. Nachhaltig und erfolgreich wolle die Lufthansa unter dem Motto „Climb“ aus der Krise aufsteigen, wobei man aber auch abhängig von den Partnern in der Wertschöpfungskette und von der Politik sei. In diesem Zusammenhang appellierte Franz an die Politik, dass das Bekenntnis der Bundesregierung zu Nachtflügen – unter anderem im Hinblick auf den Frankfurter Flughafen – schon bald konkrete Anwendung finden müsse. Außerdem brauche man ein Klimakonzept, dass auf Technologie- und Marktchancen ebenso setzt wie auf Steuerung. Im Hinblick auf den Emissionshandel brauche man eine wettbewerbsneutrale, globale Ausgestaltung.

Steuerliche Entlastungen gut für den Mittelstand

Für den Mittelstand sind unter anderem die in den Koalitionsverhandlungen vereinbarten Entlastungen hinsichtlich Erbschaft-, Unternehmen- und Mehrwertsteuer wesentliche Faktoren, die einen Wiederaufschwung erleichtern könnten. So lautete das Ergebnis der Diskussionsrunde „Klartext: Womit der Mittelstand wieder in Fahrt kommt“ mit Hotellerie-, Reisebus-, Reisebüro- und Geschäftsreisevertretern. Der Präsident des DEHOGA-Bundesverbandes Ernst Fischer appellierte in diesem Zusammenhang aber auch an die Banken, ihre aktuelle Kreditzurückhaltung gegenüber den mittelständischen Unternehmern aufzugeben. Richard Eberhardt, Präsident des Internationalen Bustouristik Verbandes RDA führte an, dass verkehrspolitische Maßnahmen – unabhängig von der aktuellen Ost-West-Debatte – wichtig seien, um den Investitionsstau aufzulösen. Zudem müsse der Flickenteppich der Umweltzonen dringend beseitigt werden. Denn die aktuellen Regelungen belasteten nicht nur die Busunternehmen, sondern die gesamte Wertschöpfungskette. Der Präsident des Verbands Deutsches Reisemanagement (VDR) Dirk Gerdom erklärte, dass es tatsächlich Effekte durch die Wirtschaftskrise gebe, dass es sich aber definitiv auch um einen Strukturwandel handle. Im Geschäftsreisebereich werde vermutlich das wirtschaftliche Niveau von 2008 nicht mehr erreicht.

Dirk Gerdom

Aus der Krise gelernt: flexible, schnelle Angebote und die richtige Balance

In aktuell schwierigen wirtschaftlichen Zeiten gelte es, auf die verstärkte Preissensibilität der Kunden flexibel und möglichst schnell mit passenden Angeboten zu reagieren, erklärte Norbert Fiebig, Vorstandsmitglied der REWE Group im Rahmen der Podiumsdiskussion „Lernen in der Krise – Erkenntnisse 2009 und Perspektiven 2010“. Die Kunden seien insbesondere hinsichtlich langfristiger Konsumausgaben verunsichert. Die Instrumente zwischen Zahlungsbereitschaft und Preisrückgängen auszubalancieren, hielt Ulrich Homburg, Vorstand Personenverkehr der DB Mobility Logistics AG, für eine wichtige Maßnahme. Dr. Stefan Schulte, Vorstandsvorsitzender der Fraport AG, plädierte unter anderem für die Beibehaltung der internationalen Arbeitsteilung, die gerade in der Tourismusbranche seit langem erfolgreich praktiziert werde.

Innovationspreis für die Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Ein kleines Jubiläum feierte 2009 der Innovationspreis der Tourismuswirtschaft: Die Auszeichnung wurde zum zehnten Mal vergeben. Erstmals konnte sich dabei mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz ein regionales Projekt über den Preis

Klaus Laepple

freuen. Ausgezeichnet wurde die Stiftung für ihre Projekte Berliner Museumsinsel und Humboldt-Forum. Der BTW würdigte den gelungenen Brückenschlag zwischen Historie und Moderne, zwischen Vergangenheit und Zukunft, wie auch BTW-Präsident Klaus Laepple in seiner Laudatio herausstellte. Man habe auf der Museumsinsel die Chance ergriffen, die die Wiedervereinigung Deutschlands eröffnet habe und gewaltsam Getrenntes – so auch die vormals getrennte Kultur- und Museenlandschaft – friedlich wieder zusammengeführt. Und mit dem Humboldt-Forum stehe ein weiterer inhaltlicher wie räumlicher Brückenschlag zur Museumsinsel vor der Tür. Eine Städtedestination lebe besonders von ihren kulturellen Angeboten, da Kultur ein Touristenmagnet sei, so Laepple weiter. Deshalb habe die

Jury sich 2009 für ein bedeutsames und innovatives Kulturprojekt entschieden, das zahllose Touristen aus der ganzen Welt anziehe.

Die Referenten, Podiumsdiskutanten und Moderatoren des 13. Tourismusgipfels:

Dr. Wolfgang Adlwarth, GfK Panel Services Deutschland +++ Klaus Brähmig MdB, Vorsitzender des Tourismusausschusses im Deutschen Bundestag +++ Ernst Burgbacher MdB, Parlamentarischer Staatssekretär BMWi +++ Hans Doldi, Deutscher ReiseVerband DRV +++ Richard Eberhardt, Internationaler Bustouristik Verbandes RDA +++ Norbert Fiebig, REWE Group +++ Ernst Fischer, DEHOGA Bundesverband +++ Dieter Fockenbrock, Handelsblatt (Moderation) +++ Dr. Christoph Franz, Deutsche Lufthansa AG +++ Dirk Gerdom, Verband Deutsches Reisemanagement VDR +++ Prof. Peter Gola, Gesellschaft für Datenschutz und -sicherung GDD (Moderation) +++ Bärbel Grönegres, Thüringer Tourismus GmbH +++ Hans-Joachim Hacker MdB, SPD +++ Hubertus Heil MdB, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion +++ Ernst Hinsken MdB, Beauftragter der Bundesregierung für Tourismus +++ Michaela Hoffmann, Wirtschaftswoche (Moderation) +++ Ulrich Homburg, DB Mobility Logistics +++ Stephan Interthal, Hotel Adlon Kempinski

Innovationspreis 2009: Prof. Dr. Dr. Hermann Parzinger, Klaus Laepple und Michael Rabe (v.l.n.r.)

+++ Prof. Dr. Hans-Peter Keitel, Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) +++ Dr. Barbara Kirchberg-Lennartz, Deutsche Lufthansa AG +++ Hans-Jürgen Klesse, Wirtschaftswoche (Moderation) +++ Jürgen Koch, Architekt +++ Klaus Laepple, BTW +++ Ingbert Liebing MdB, CDU/CSU +++ Otto Lindner jun., Lindner Hotels AG +++ Dr. Uwe Lorenz, Eberhardt Travel GmbH +++ Horst Meierhofer MdB, FDP +++ Prof. Dr. Ing. Helmut Müller,

Dr. Stefan Schulte

Forum „Go green and make money“

Ulrich Homburg

Ingbert Liebing MdB

Norbert Fiebig

4greenarchitecture +++ Dr. Hans-Georg Niemeyer, DB Mobility Logistics AG +++ Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hermann Parzinger, Stiftung Preußischer Kulturbesitz +++ Yvette Reif, Gesellschaft für Datenschutz und -sicherung GDD +++ Prof. Dr. Oliver Scheytt, RUHR.2010 GmbH +++ Marc Schnerr, DEHOGA (Moderation) +++ Dr. Stefan Schulte, Fraport AG +++ Dr. Ilja Seifert MdB, DIE LINKE +++ Bertram Späth, Hotel Best Western Premier Victoria +++ Olaf Steinhage, hospitality concepts +++ Werner Sülberg, Touristik der REWE Group +++ Ralf Teckentrup, Bundesverband der Deutschen Fluggesellschaften (BDF) +++ Markus Tressel MdB, Bündnis 90/Die Grünen +++ Dr. Ursula Weidenfeld, freie Wirtschaftsjournalistin (Moderation) +++ Jürgen Wittke, Handwerkskammer Berlin (Moderation) +++ André Witschi, Steigenberger Hotels AG +++ Harald Wolf, Bürgermeister von Berlin

Hans-Jürgen Klesse, Hans-Joachim Hacker MdB, Ingbert Liebing MdB, Dr. Ilja Seifert MdB, Markus Tressel MdB und Horst Meierhofer MdB (v.l.n.r.)

Norbert Fiebig, Ulrich Homburg, Michaela Hoffmann, Dr. Michael Engel, André Witschi und Dr. Stefan Schulte (v.l.n.r.)

Michael Haese, Michael Rabe, Klaus Brähmig MdB, Richard Eberhardt (v.l.n.r.)

Jürgen Büchy, Martin Katz und Prof. Dr. Edgar Kreilkamp (v.l.n.r.)

Ernst Burgbacher MdB (2.v.r.), im Gespräch mit Klaus Laepple

Michael Rabe, Ernst Hinsken MdB und Robert Salzl (v.l.n.r.)

Dr. Michael Frenzel, Robert Salzl und Ernst Fischer (v.l.n.r.)

Klaus Laepple, Klaus-Heiner Lehne MdEP und Prof. Dr. Hans-Peter Keitel (v.l.n.r.)

Norbert Fiebig, Jürgen Büchy und Petra Hedorfer (v.l.n.r.)

Dr. Christoph Franz, Klaus Laepple, Ernst Burgbacher MdB und Robert Salzl (v.l.n.r.)

Otto Lindner jr., Dirk Gerdom, Dieter Fockenbrock, Ernst Fischer, Richard Eberhardt und Hans Doldi (v.l.n.r.)

Dinner Talk mit EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani

Der damalige EU-Verkehrskommissar und mittlerweile zum Unternehmens- und Industriekommissar ernannte Antonio Tajani war am 28. Mai 2009 Key Note Speaker des BTW-Dinner Talks in Düsseldorf. Rund 40 Teilnehmer aus Politik und Tourismuswirtschaft waren der gemeinsamen Einladung des BTW und des Flughafen Düsseldorfs gefolgt und erfuhren von ihrem italienischen Gesprächspartner Interessantes über Pläne und Entwicklungen in der aktuellen EU-Verkehrspolitik.

Tajani erklärte unter anderem, dass die Europäische Kommission der Schaffung des Single European Sky weiterhin besondere Priorität einräume. Die dadurch erzielbaren Kosteneinsparungen, schnelleren Flugverbindungen und verringerten CO_2-Emissionen seien absolut wünschenswert. Auch der Emissionshandel werde die europäische Verkehrspolitik in den nächsten Monaten und Jahren weiter begleiten. Dabei sei darauf zu achten, dass die Einführung nicht zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber Nicht-EU-Ländern führt. Der EU-Verkehrskommissar unterstrich zudem die weiter wachsende Bedeutung von Mobilität und Tourismus für die Menschen in Europa. Der Tourismus sei ein Wirtschaftsfaktor, der Arbeitsplätze sichere und schaffe und damit eine wichtige Rolle für Wirtschaftswachstum und Wohlstand einnehme – eine Aussage, die BTW-Präsident Klaus Laepple voll unterstützte. Doch damit dieser Wirtschaftsfaktor gesichert werden könne, müssten auch die politischen Rahmenbedingungen stimmen. Mobilität zu optimieren sei oberstes Ziel des BTW. Und da immer mehr Grundlagen für Mobilität mittlerweile auf europäischer Ebene geschaffen würden, sei er sehr dankbar, dass sich Tajani den Fragen der Branche wie auch der regionalen Politik stelle.

Der Sprecher der Geschäftsführung des Flughafens Düsseldorf Christoph Blume sprach die seit kurzem wirksame Open Skies-Vereinbarung für den Flugverkehr zwischen Europa und den USA an, die ein richtiger Schritt in Richtung Liberalisierung des Luftverkehrs sei. Der Wettbewerb werde so zum Nutzen des Kunden verstärkt. In Sachen Emissionshandel verlieh er der Forderung Nachdruck, den europäischen Airlines keine Wettbewerbsnachteile gegenüber der internationalen Konkurrenz aufzubürden.

Teilnehmer des BTW-Dinner Talks mit EU-Verkehrskommissar Antonio Tajani (1. Reihe, 2.v.l.)

Arbeitsessen des BTW-Präsidiums mit dem FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle

Am 11. Februar fand im Anschluss an die Klausursitzung des BTW-Präsidiums ein Arbeitsessen mit dem FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle in Berlin statt.

Zentrale Themen, die bei dieser Gelegenheit diskutiert wurden, waren unter anderem die Absenkung der Mehrwertsteuer für Hotellerie und Gastronomie und die Umsetzung eines sinnvollen Flughafenkonzeptes der Bundesregierung. Für beide Forderungen der deutschen Tourismuswirtschaft machte sich der FDP-Vorsitzende in der Folge öffentlich und nachhaltig stark.

Klaus Laepple (links) begrüßt Guido Westerwelle MdB

FDP-Vorsitzender Guido Westerwelle MdB (stehend) beim Arbeitsessen mit dem BTW-Präsidium am 11. Februar 2009

EU-Beauftragtentreffen – Verbraucherrechte und Verkehrspolitik im Fokus

Das EU-Beauftragtentreffen 2009 des BTW fand am 15. Oktober im Europäischen Parlament in Brüssel statt. Im Mittelpunkt des Informationsaustauschs mit zahlreichen interessanten Gesprächspartnern aus den Brüsseler Gremien und Institutionen stand dieses Mal das Thema Verbraucherrechte. So berichteten die Europäische Abgeordnete Arlene McCarthy (Labour Party) und Sabine Tuerck als Mitarbeiterin der Abteilung Verbrauchervertrags- und Marketingrecht der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher über die aktuell geplante Harmonisierung der Verbraucherrechte. Diese seien bisher zum Teil sehr unterschiedlich geregelt. Deshalb verfolge die Kommission die Strategie der Vollharmonisierung, so Sabine Tuerck. Im Europäischen Parlament jedoch existierten viele verschiedene Meinungen zu der Harmonisierungsstrategie, berichtete Arlene McCarthy. Einige Abgeordnete versuchten die Harmonisierung dadurch zu erreichen, dass die einzelnen Verbraucherrechte auf dem jeweils höchsten existierenden nationalen Level fixiert werden. Doch gebe es zeitgleich auch den Ansatz, die bestehenden Richtlinien zu behalten und vielmehr die Verbraucher stärker über ihre bereits bestehenden Rechte aufzuklären. Vordergründig erscheine es zunächst sinnvoll und gut, alles zu harmonisieren. Aber wenn man genauer hinschaue, sei die Frage, zum Beispiel im Hinblick auf sprachliche Hindernisse, doch deutlich komplizierter, erklärte Arlene McCarthy den Teilnehmern des Treffens. In diesem Zusammenhang wurden auch die für den Tourismus relevanten Fragen der Mindestteilnehmerzahlen beispielsweise bei Rundreisen sowie des Fernabsatzes thematisiert.

Nicole Scourti aus der Generaldirektion Verbraucherschutz diskutierte mit den

Teilnehmer des EU-Beauftragtentreffens in Brüssel: Dr. Hubert Koch (EVVC), Dr. Wolf-Dieter Zumpfort (TUI), Vanessa Buhl (Flughafen München), Sabine Hornig (Deutsche Lufthansa) und Dr. Anja Ewert (ADAC) (v.l.n.r.)

Arlene McCarthy MdEP und Klaus-Heiner Lehne MdEP

Sabine Tuerck und BTW-Generalsekretär Michael Rabe

Teilnehmern über die auch in Europa angedachte Einführung von Sammelklagen im europäischen Wettbewerbsrecht. Dahinter stehe die Idee, viele vergleichbare Fälle in einem Prozess zu lösen, erläuterte Scourti. In diesem Zusammenhang wurde von den Teilnehmern die Sorge geäußert, dass wie in den USA Klagen mit extremen Prozesskosten provoziert werden könnten. Der Anwalt sei in den USA häufig der Hauptprofiteur der Sammelklagen. Gerade im touristischen Bereich seien Sammelklagen überflüssig, da sich die wichtigsten touristischen Felder ohnehin selbst regulierten. Nicole Scourti erklärte, dass ihrer Ansicht nach eine Klagekultur, wie sie die Sammelklagen in den USA nach sich gezogen haben, in Europa nicht möglich sei. In die bewährte Prozessgebührenstruktur werde bewusst nicht eingegriffen, um US-Verhältnisse zu vermeiden.

Auch das Thema Verkehrspolitik, zu dem es aus Brüssel seit Jahren bereits viel zu berichten gibt, stand auf der Tagesordnung. Johann Friedrich Colsman, Kabinettmitglied des damals noch amtierenden EU-Verkehrskommissars Antonio Tajani, griff unter anderem die Themen Flüssigkeiten im Handgepäck von Flugpassagieren, Insolvenzschutz bei Fluggesellschaften, Mautsysteme und Passagierrechte auf. Die nächsten Herausforderungen für die Verkehrspolitik seien unter anderem die Frage, ob und wann der Lissabon-Vertrag in Kraft tritt, die anstehende Neuregelung der Passagierrechte im Busverkehr und die Neuauflage des 1. Eisenbahnpakets. Zudem werde ein Weißbuch zur „Zukunft des Transportwesens 2010-2020“ vorbereitet.

Wichtige Branchentermine
ITB 2009

ITB 2009 – auch in schwierigen Zeiten ein voller Erfolg

Ihre Position als weltweit führende Messe der internationalen Reiseindustrie konnte die ITB Berlin auch im Jahr 2009 einmal mehr eindrucksvoll unter Beweis stellen. Vom 11. bis 15. März präsentierten 11.098 Unternehmen aus 187 Ländern ihre Produkte und Angebote auf dem Berliner Messegelände. Dazu gehörte natürlich auch die Partnerregion der insgesamt 43. Auflage der ITB Berlin, die Europäische Kulturhauptstadt RUHR.2010. Damit lag die Zahl der Aussteller trotz Wirtschaftskrise und einiger Absagen von Ausstellern aus vergangenen Jahren nur knapp unter dem Wert aus dem Jahr 2008.

Besucher- und Aussteller-interesse weiter groß

Dass die ITB Berlin auch in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld robust war, bewiesen laut Messe Berlin-Geschäftsführer Christian Göke aber nicht nur die Aussteller-, sondern auch die konstanten Besucherzahlen. 110.857 Fachbesucher und 68.114 private Besucher bedeuteten jeweils einen Zuwachs um rund 500 gegenüber 2008. Der begleitende ITB-Kongress verbuchte mit mehr als 12.000 Teilnehmern sogar einen Besucherrekord.

Doch nicht nur die Aussteller- und Besucherzahlen waren positiv, sondern auch die Meinung der Aussteller zur ITB 2009. Mehr als 87 Prozent von ihnen gaben in

einer Umfrage an, einen solch positiven Gesamteindruck von der Messe zu haben. 91 Prozent äußerten die Absicht, auch 2010 wieder teilnehmen zu wollen. Neben den zahlreichen Besuchern und Ausstellern waren auch die Medien und die Politik zahlreich vertreten. 7.700 Journalisten aus 87 Ländern, 77 Botschafter, 85 Minister und 16 Staatssekretäre aus insgesamt 100 Ländern hatten es sich nicht nehmen lassen, die ITB 2009 zu besuchen.

BTW-Präsident eröffnete doppelt

Sowohl bei der Eröffnungspressekonferenz als auch während der Eröffnungsfeier der ITB wurde BTW-Präsident Klaus Laepple besondere Aufmerksamkeit zuteil. Im Rahmen der Eröffnungsfeier diskutierte er auf dem Podium mit RUHR.2010-Geschäftsführer Fritz Pleitgen und der nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerin Christa Thoben über die Frage, welche touristischen Möglichkeiten und Risiken Ballungsgebiete wie das Ruhrgebiet und die Kulturhauptstadt RUHR.2010 bieten.

Im Rahmen der Eröffnungspressekonferenz ging es um ein wirtschaftliches Fazit für das Jahr 2008 sowie die wirtschaftlichen Aussichten der Branche für 2009. Nach einem äußerst erfolgreichen Jahr 2008, so Laepple, habe die Wirtschaftskrise nun auch die Tourismusbranche eingeholt. 2007/08 hätten beispielsweise die deutschen Reiseveranstalter ein Umsatzwachstum von rund 5,5 Prozent auf 21,4 Milliarden Euro verzeichnet. Ausgaben in Höhe von rund 85 Milliarden Euro für Auslandsreisen, rund 2,3 Millionen Bahnreisende, 190 Millionen Fluggäste sowie ein Plus der Übernachtungen deutscher Gäste im eigenen Land um zwei Prozent auf über 313 Millionen und ausländischer Gäste um drei Prozent auf über 56 Millionen verdeutlichten den wirtschaftlichen aber auch emotionalen Stellenwert des Tourismus in und für Deutschland.

BTW-Präsident Klaus Laepple

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise erlebe man nun aber auch in Deutschland seit einigen Monaten einen spürbaren Rückgang der Umsätze insbesondere im Geschäftsreise-Segment.

Die Entwicklung im touristischen Segment lasse sich dagegen nicht so einfach mit einer einzigen Trendaussage kennzeichnen. Gerade zum Jahresanfang seien die Verbraucher verunsichert gewesen und vor allem Familien hätten eher zögerlich gebucht.

Klaus Wowereit, Klaus Laepple, Karl-Theodor zu Guttenberg MdB und Petra Hedorfer (v.l.n.r.)

Moderatorin Dunja Hayali diskutierte im Rahmen der ITB-Eröffnungsfeier mit Klaus Laepple, Christa Thoben und Fritz Pleitgen (v.l.n.r.)

Auch regionale Unterschiede seien zu verzeichnen. Doch blicke man nicht nur aufgrund einer anziehenden Buchungstätigkeit und vielversprechender Umfragen durchaus positiv in die Zukunft. Deutschland, so die Überzeugung Laepples, sitze auf gepackten Koffern. Es sei nicht sicher zu prognostizieren, was daraus werde. Ein Trend unter anderem hin zu All inclusive-Angeboten und zum Urlaub im eigenen Land deute sich jedoch an. Die starke Investitionsbereitschaft touristischer Unternehmen zeige, dass die Branche optimistisch in die Zukunft schaue.

Positives Fazit – optimistischer Blick in die Zukunft

Optimistisch war auch das Fazit von BTW-Präsident Klaus Laepple nach Abschluss der ITB: Die Wirtschaft stehe vor großen Herausforderungen, die fundierte Prognosen für den Verlauf des Touristikjahres nahezu unmöglich machten. Sicher sei aber, dass die Reisebranche bereits viele Krisen bewältigt habe und die weltweit größte Tourismusmesse ITB Berlin hierbei eine wichtige Rolle spiele.

Wichtige Weichen für die Zukunft seien in den fünf Messetagen gestellt worden. Die Teilnehmer hätten nicht nur kurzfristige, sondern vor allem auch langfristige Geschäftsabschlüsse getätigt sowie Strategien und Maßnahmen besprochen, wie Unternehmen auf die aktuelle Situation reagieren und mit Produkt- und Qualitätsoptimierung den Markt stimulieren können.

Gerade in schwierigen Zeiten wie diesen, sei es wichtig, bestehende Kontakte und Netzwerke zu pflegen und neue aufzubauen. Die ITB habe dafür einmal mehr beste Gelegenheiten geboten.

Treffen von Vertretern der Tourismusbranche mit Bundeskanzlerin Angela Merkel

Am 10. September trafen Vertreter der Deutschen Tourismuswirtschaft mit Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen. Im Rahmen des Gesprächs, das in dieser Form erstmals stattfand, stellte BTW-Präsident Klaus Laepple die zentralen Forderungen der Tourismuswirtschaft dar. So seien unter anderem ein klares gesetzliches Bekenntnis zum Nachtflug sowie Ausnahmen für Reisebusse in Sachen Umweltzonen dringend geboten, um die Branche durch das aktuell schwierige wirtschaftliche Fahrwasser zu steuern. Gleiches gelte für eine Vereinfachung des deutschen Arbeitsrechts, stärkere Investitionen ins Tourismusmarketing sowie das Vermeiden eines europäischen Alleingangs beim Emissionshandel im Luftverkehr.

In diesem Zusammenhang machte Laepple auch deutlich, dass die Branche gerade 2009, im Jahr der Finanz- und Wirtschaftskrise, Verständnis und konkrete Hilfe benötige. Man erwarte für das laufende Jahr ein Minus von sechs bis acht Prozent insgesamt im Privat- und Geschäftsreiseverkehr. Auch 2010 drohe, ein schwieriges Jahr für die Unternehmen der Tourismuswirtschaft zu werden – insbesondere wenn die Arbeitslosigkeit in Deutschland tatsächlich wie prognostiziert ansteigen sollte. Neben dem Engagement und den Anpassungen der Branche selbst seien auch politische Veränderungen notwendig und überfällig.

Laepple dankte der Bundeskanzlerin allerdings auch stellvertretend dafür, dass die Bundesregierung die Tourismuswirtschaft in das Konjunkturprogramm II einbezogen hatte. Zudem seien die Tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung ein begrüßenswerter Ansatz, den es nun jedoch unter stärkerer Beachtung der wirtschaftlichen Bedeutung und Notwendigkeiten der Branche fortzuschreiben gelte.

BTW-Präsident Klaus Laepple (1. Reihe, 3.v.l.) und weitere Vertreter der Tourismuswirtschaft zu Gast im Kanzleramt

Anhörung zu den Tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung

Am 27. Mai hörte der Tourismusausschuss im Deutschen Bundestag Experten aus Wirtschaft und Politik zu den kurz zuvor veröffentlichten tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung an. BTW-Präsident Klaus Laepple begrüßte im Rahmen dieser Anhörung die Absicht der Bundesregierung, Leitlinien für tourismuspolitisches Handeln aufzustellen. Auf diese Weise könne es gelingen, der zentralen Bedeutung des Tourismus als Wirtschafts- und Imagefaktor für Deutschland stärker als bisher angemessen Rechnung zu tragen.

Das unter Federführung des damaligen Tourismusbeauftragten der Bundesregierung Ernst Hinsken entwickelte Papier geht dem BTW jedoch nicht weit genug, wie der Verband auch in einer Stellungnahme zu dem Papier darstellte. Darin forderte der BTW eine Nachbesserung der erarbeiteten Leitlinien. Denn zum einen ließen diese eine ausgewogene Haltung zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Zielen vermissen. Zum anderen würden touristisch bedeutsame, zukunftsweisende Entscheidungen ausgespart, wodurch sich die Leitlinien im Unkonkreten verlieren. In den Leitlinien würden die einzelnen, tourismusrelevanten Politikfelder erwähnt, auf mögliche Zielkonflikte zwischen diesen werde aber nicht eingegangen. Es muss aus Sicht des BTW vielmehr eine Strategie verfolgt werden, bei der die unterschiedlichen

Ziele gebündelt und sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Einseitige Entscheidungen, beispielsweise ausschließlich zu Gunsten des Verbraucherschutzes bzw. klima-, umwelt- oder sicherheitspolitischer Ziele, gehen zu Lasten der Tourismuswirtschaft. Wettbewerbsnachteile für den Tourismusstandort Deutschland entstehen zudem durch fehlende Berücksichtigung der europäischen und weltweiten Rahmenbedingungen. Auch aus Gründen der Glaubwürdigkeit ist es unzureichend, wenn sich die Bundesregierung in den Leitlinien lediglich dazu bekennt, nach Möglichkeit Wettbewerbsverzerrungen vermeiden zu wollen. Denn bereits heute wird der Tourismusstandort Deutschland durch immer neue Regulierungen im längst reformbedürftigen deutschen Arbeitsrecht belastet. Die bloße Erwähnung, den Belangen der Tourismuswirtschaft durch Ausbau und Modernisierung der Infrastruktur gerecht zu werden, ist angesichts noch zur Umsetzung anstehender Großprojekte unzureichend und wird den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerecht.

Wenn man über Rahmenbedingungen spreche, müsse es deshalb um mehr als die bisherigen Inhalte der Leitlinien gehen, stellte Laepple daher auch in der Anhörung klar. Tourismus sei ohne Mobilität nicht durchführbar. Deshalb müsse es in dem Papier beispielsweise auch um den bedarfsgerechten Ausbau der Flughafeninfrastruktur und um die vernünftige Vernetzung der einzelnen Verkehrsträger gehen. Gleiches gelte für eine vernünftige finanzielle Ausstattung der DZT oder die seit langem diskutierte Entzerrung der Sommerferien. Die BTW-Argumente wie auch zahlreiche weitere im Rahmen der Anhörung von anderen Experten angebrachte Punkte seien ein Hinweis darauf, dass man die Leitlinien weiterentwickeln sollte. Diese Leitlinien nähmen allerdings auch gar nicht für sich in Anspruch, der tourismuspolitische Schlusspunkt der deutschen Politik zu sein. Sie seien vielmehr ein Grundgerüst, das es nun auszubauen gelte. Den im Rahmen der Anhörung aufgekommenen Vorschlag eines touristischen Masterplans lehnte Laepple ab. Stattdessen wiederholte er die Forderung nach einem für den Tourismus zuständigen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium als zentralen Ansprechpartner für die Branche.

Das am Ende der Tourismuspolitischen Leitlinien aufgemachte Gesprächsangebot seitens der Bundesregierung und die Aufforderung einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen Politik und Wirtschaft nehme der BTW gern an, so Laepple.